



Nr. 250 | 28.04.2021

Ukraine-Analysen

Ukraine-Forschung in Deutschland

■ ANALYSE	
Ukrainian Studies? – Fehlanzeige: Die Ukraine im Spiegel der Wissenschaft in Deutschland	2
Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder))	
■ STATISTIK	
Deutsch-Ukrainische Bildungskooperation	7
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Quartalsbericht zur Ukraine: Januar bis März 2021	8
Von Andrian Prokip (Kennan Institute, Wilson Center, Washington, D.C./Ukrainian Institute for the Future, Kyjiw)	
<hr/>	
■ STATISTIK	
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Stand: 28. April 2021)	13
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 23. März – 25. April 2021	17
<hr/>	
■ CHRONIK	
23. März – 25. April 2021	19

Ukrainian Studies? – Fehlanzeige: Die Ukraine im Spiegel der Wissenschaft in Deutschland

Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder))

DOI: 10.31205/UA.250.01

Zusammenfassung

Der Bedarf an wissenschaftlicher Expertise zur Ukraine ist seit dem Euromaidan deutlicher denn je geworden und seither noch gestiegen. Wie hat sich die deutsche Forschungslandschaft in Bezug auf die Ukraine seit der Unabhängigkeit der Ukraine und insbesondere seit 2014 verändert, und welche Leerstellen in Forschung und auch in der Lehre gilt es noch zu füllen? Anhand empirischer Daten zur Forschungs- und Austauschförderung zeigt die folgende Analyse, dass es nicht nur zu wenig Forschung und Lehre, sondern zu wenig systematische akademische Beschäftigung mit der Ukraine gibt. Die Situation der Ukraine-Studien in Deutschland bleibt fragmentiert – und damit weit unter ihren Möglichkeiten.

Einleitung

Genau sieben Jahre nach der Annexion der Krim sah sich die Ukraine im März und April 2021 den seither intensivsten Manövern und Truppenbewegungen Russlands nahe der russisch-ukrainischen Grenze sowie zahlreicher Aktivitäten der russischen Armee im Schwarzen Meer gegenüber. Die politischen Reaktionen aus Deutschland auf diese offensichtlichen Drohgebärden fielen erwartbar sanft und unkonkret aus. Es mag an der Pandemie als alles überragendem Thema liegen, dass Außenpolitik und damit auch die Situation in Osteuropa in der politischen und gesellschaftlichen Debatte derzeit weniger präsent sind – gleichwohl ist es irritierend, dass sowohl der bekannte als auch ein drohender neuer Krieg in der Ost- und vielleicht Südukraine in der deutschen Gesellschaft mehr oder weniger ignoriert werden. Darin spiegelt sich nicht nur das nach einer hoch emotionalen und intensiven Ukraine-Debatte in den Jahren 2014–15 deutlich abgekühlte gesellschaftliche Interesse an der Ukraine, sondern auch ein Befund, der schon 2014 allgegenwärtig war: Als Gesellschaft wissen (und fragen) wir nach wie vor nicht viel über unsere östliche EU-Nachbarin. Die Ukraine ist für viele Deutsche vielleicht kein weißer, aber ein sehr vereinfachter schwarz-weißer Fleck auf der Karte geblieben – woran liegt das?

Um auf gesellschaftlicher Ebene außenpolitisches Wissen, darauf aufbauende Debatten und schließlich Empathie und Verständigung zu fördern, sind zwei Aspekte wichtig: direkter Austausch sowie Bildung und Expertise. Für ersteres spielt jede Art von Partnerschaften eine nicht zu unterschätzende Rolle: Städte-, Schul- oder Orchesterpartnerschaften, Jugendaustausch und Bildungsreisen sind elementare Bestandteile jener »horizontalen Europäisierung« (Heidenreich 2019), die grenzübergreifende unmittelbare Netzwerke zwischen

Individuen und Gruppen ermöglicht. Durch Begegnung und Erfahrungen spannen sich hierdurch transnationale Beziehungen unterhalb der politischen oder administrativen Ebene, die zu einer europäischen Identität und wechselseitigem Verständnis führen können. Dieser Austausch ist durch die Corona-Pandemie stark ausgebremst worden, war jedoch auch zuvor nur mäßig intensiv.

Der zweite Aspekt, Bildung und Expertise, soll im Folgenden näher betrachtet werden. Der Mangel an Wissen zur Ukraine und Einordnung der Geschehnisse rund um den Euromaidan, die Annexion der Krim und den Krieg im Donbass wurden 2014 eklatant und der Aufbau entsprechender Expertise dadurch klares Politikziel. Hier galt es, sowohl die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ukraine und akademischen Austausch als auch den Wissenstransfer in gesellschaftliche Debatten zu stärken. Wie hat sich also die Beschäftigung mit der Ukraine in Forschung und auch in der Lehre entwickelt, und welche Leerstellen sind bestehen geblieben?

Die Ukraine in der deutschen Forschungslandschaft: Stagnation auf niedrigem Niveau

Förderung durch die DFG

Um einen Überblick darüber zu bekommen, inwiefern die Ukraine im Fokus akademischer Forschung in Deutschland steht, bietet es sich an, gezielt die relevante Forschungsförderung, einzelne Institutionen sowie die Förderung akademischer Kooperation zu betrachten. Da eine systematische Erhebung der Ukraine-bezogenen Forschung in Deutschland bislang nicht vorliegt, kann eine Analyse der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unter dem Schlagwort »Ukraine«

aufgeführten Forschungsprojekte zentrale Tendenzen der Ukraine-Forschung aufzeigen.

Die DFG hat laut einer Suche auf <https://gepris.dfg.de/> mit dem Stichwort »Ukraine« seit der Unabhängigkeit der Ukraine insgesamt 111 Forschungsprojekte in Deutschland mit Ukraine-Bezug gefördert. Die Ukraine-Projektförderung durch die DFG erfolgte zu knapp 80 Prozent über die einfachste Förderlinie »Sachbeihilfe« (88 Projekte), welche eine Einzelprojektförderung über in der Regel drei Jahre darstellt. In sieben Fällen war die Ukraine-Forschung als Teilprojekt in größere Forschungsvorhaben der Schwerpunktprogramme eingebettet, sowie in vier Fällen im Rahmen eines Sonderforschungsbereiches. Weitere Formate waren vier Publikationsbeihilfen, ein Graduiertenkolleg, eine Förderung als Teilprojekt einer Forschungsgruppe, eine Emmy-Noether-Gruppe, zwei Forschungsgroßgeräte, sowie ein Projektformat zu Digitalisierung & Erschließung.

Mit zehn Projekten in den 1990er Jahren, beginnend mit einem Projekt im Jahr 1993, war der Beginn der Ukraine-orientierten Forschung in Deutschland relativ zögerlich. In den frühen 2000er Jahren stieg die Zahl der Projekte zunächst nur allmählich an (13 Projekte zwischen 2000 und 2004); ab 2005 und damit nach der Orangen Revolution jedoch wurden bis zum Jahr 2010 weitere 37 Projekte gefördert. Diese Tendenz dürfte im »Aufmerksamkeitsschub«, den die Ukraine durch diese erste, auch in Westeuropa intensiv verfolgte Revolution nach der Unabhängigkeit erhielt, begründet sein. Ein besonderes fachliches Interesse etwa der Sozial- und Geisteswissenschaften an der seit 2004/05 verstärkt im Fokus stehenden demokratischen Transformation der Ukraine lässt sich in diesem Förderzeitraum allerdings nicht erkennen.

Ab 2011 bis heute wurden etwa gleichviele Ukraine-Projekte (nämlich 51) von der DFG gefördert wie in der Dekade zuvor, wobei hier seit 2015 – also nach dem Euromaidan – eine deutlich gesteigerte Forschungsaktivität in den Fachbereichen Politikwissenschaft sowie Neuere und neueste Geschichte, aber auch der Human-geographie, der Soziologie sowie der Ur- und Frühgeschichte zu verzeichnen ist. Technik-, Natur- und Ingenieurwissenschaften haben gegenüber den Dekaden der 1990er und 2000er Jahre klar abgenommen. Während diese Fachbereiche (einschließlich der Geologie) in den beiden ersten Dekaden mit 30 von 60 Projekten genau die Hälfte ausmachten, sank ihr Anteil seit 2011 mit nur noch 13 Projekten auf knapp 25 Prozent.

Die fachliche Verteilung der DFG-Projekte führen dennoch die Naturwissenschaften plus Mathematik (23 Projekte) an, gefolgt von Neuerer und neuester Geschichte mit 19 Projekten. Technik- und Ingenieurwissenschaften mit 12 sowie Ur- und Frühgeschichte plus Archäologie mit 11 Projekten sind die nächsthäu-

figen Gruppen, dann erst gefolgt von Sprach- & Literaturwissenschaften sowie Soziologie mit je acht Projektförderungen. Diese Zahlen relativieren den Anstieg der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer seit dem Euromaidan insofern, als sie zumindest eine deutliche Leerstelle in diesen Fachbereichen vor 2014 anzeigen.

Legt man die Zahlen der DFG als wichtigster Forschungsförderinstitution hierzulande zu Grunde, ist das wissenschaftliche Interesse an der Ukraine in Deutschland also von einem sehr niedrigen Niveau in den 1990er Jahren zunächst angestiegen, stagniert seither aber bei etwa 50 geförderten Forschungsprojekten pro Jahrzehnt bzw. insgesamt 111 geförderten Projekte seit 1991. Zum Vergleich: Unter dem Stichwort »Polen« verzeichnet die DFG für den gleichen Zeitraum 417 geförderte Projekte, und unter dem Stichwort »Russland« finden sich 351 Projekte (von denen eine Publikationsbeihilfe bereits seit 1987 gefördert wurde). Als Teilprojekt größerer Verbundforschungsvorhaben ist die Ukraine-Forschung in der aktuellen Dekade sogar seltener vertreten als noch zwischen 2000 und 2010. Allerdings hat die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung deutlich aufgeholt und stellt derzeit das Gros der Forschungsprojekte dar.

Institutionelle Verankerung der Ukraine-Forschung

Institutionell ist die Ukraine-Forschung in Deutschland derzeit am stärksten am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin verankert. Das 2016 gegründete sozialwissenschaftliche Forschungszentrum wurde von der Bundesregierung in Reaktion auf den eklatanten Mangel an wissenschaftlicher Ukraine-Expertise in Deutschland, der im Zuge des Euromaidan und der anschließenden Aggression Russlands sichtbar wurde, ins Leben gerufen. Kontinuierliche sozialwissenschaftliche Forschung zur Ukraine und den Gesellschaften Osteuropas zählt ebenso wie der Wissenstransfer in Gesellschaft, Politik und Medien zu den Kernaufgaben des ZOiS. Die Ukraine spielt dabei in allen thematischen Schwerpunkten des ZOiS (Stabilität und Wandel von politischen Regimen; Konfliktodynamiken, Migration und Diversität; Jugend in Osteuropa) eine zentrale Rolle.

Weitere relevante außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit einem Ukraine-Schwerpunkt sind das Leibniz Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg und hier insbesondere die interdisziplinäre Arbeitsgruppe Ukraine, die sich mit historischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Ukraine auseinandersetzt, sowie das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg, das ebenfalls zur Leibniz-Gemeinschaft gehört und ein internationales, außeruniversitäres Zentrum der historischen Ostmitteleuropaforschung ist.

Darüber hinaus ist eine explizite Ukraine-Forschung derzeit an lediglich neun deutschen Hochschulen verankert, wobei die Geschichtswissenschaften gegenüber der klassischen Slawistik, aber auch gegenüber sozialwissenschaftlicher Forschung die stärkste Rolle einnehmen. An den Universitäten in Augsburg, Bremen, Frankfurt (Oder), Gießen, Greifswald, Kassel, Leipzig, München sowie Regensburg wird im Rahmen von Instituten, Lehrstühlen oder Forschungsprofilen zur Ukraine geforscht. Am stärksten profiliert und institutionalisiert ist die Ukraine-Forschung vor allem am regional- und geisteswissenschaftlich orientierten Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZo) sowie an der Forschungsstelle Osteuropa, einem An-Institut der Universität Bremen. Explizite Ukraine- oder Ukrainistik-Professuren hingegen finden sich lediglich an den Universitäten Greifswald mit einer Juniorprofessur für Ukrainische Kulturwissenschaft und Frankfurt (Oder) mit einer Professur zur »Entangled History of Ukraine« – der deutschlandweit einzigen Professur, die sich explizit und der Denomination nach der Geschichte der Ukraine widmet.

Damit lässt sich schwer darüber hinwegsehen, dass eine systematische, vernetzte und vielfältige Ukraine-Forschung in Deutschland trotz der erfolgreichen Etablierung des ZOiS in Deutschland bisher nicht vorhanden ist und auch nicht in Reichweite scheint. Von den relevanten Fachgesellschaften hat nur die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) eine solche Größe und Reichweite, dass Debatten über das akademische Feld hinaus und Transfer in Gesellschaft und Politik möglich sind, allerdings ist die Ukraine hier nur ein – wenn auch wichtiges – regionales Themenfeld unter vielen. Die Deutsche Assoziation der Ukrainisten (DAU) sowie die erst 2015 gegründete Deutsch-Ukrainische Historikerkommission (DUHK) hingegen treten weder öffentlich noch in Fachkreisen sichtbar in Erscheinung.

Bilateraler akademischer Austausch

Ein weiteres Feld der akademischen Beschäftigung mit der Ukraine stellt der direkte Austausch von Forschenden, Lehrenden und Studierenden dar, wie er vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) auf der Basis eines 1998 geschlossenen bilateralen Rahmenabkommens gefördert wird. Der DAAD ist in der Ukraine mit einem Informationszentrum, das am Polytechnischen Ihor-Sikorskyj-Institut (KPI) in Kyjiw angesiedelt ist, vertreten, um vor Ort ukrainische Studierende und Forschende über das Hochschulwesen in Deutschland zu informieren, hinsichtlich Austausch und Kooperation zu beraten und die Hochschulzusammenarbeit zu fördern. Mit einem politikwissenschaftlichen Fachlektorat an der Kyjiwer Mohyla-Akademie, einer juristischen DAAD-Dozentur an der Kyjiwer Taras-Schewtschenko-

Universität am Zentrum des deutschen Rechts und einem DAAD-Tutor, der zugleich Projektkoordinator des zweijährigen deutsch-ukrainischen Masterstudiengangs »Deutschland- und Europastudien« ist, ist der DAAD im akademischen Umfeld Kyjiws durchaus präsent. Darüber hinaus lehren dreizehn Lektor:innen sowie drei Sprachassistent:innen an verschiedenen ukrainischen Hochschulstandorten Deutsch als Fremdsprache, Germanistik und/oder Deutschlandkunde.

Für den eigentlichen akademischen Austausch sind die individual- und Projektförderlinien, die von Deutschland aus verwaltet werden, besonders relevant. Im Programmbereich der Individualförderung konnten im Jahr 2019 insgesamt 289 Studierende, Promovierende oder Wissenschaftler:innen aus beiden Ländern gefördert werden, wobei mehr als doppelt so viele Ukrainer:innen mit einer DAAD-Förderung nach Deutschland gingen als umgekehrt. Hier spiegelt sich in der Förderung des DAAD ein neuerer Trend: Im Bereich der Studierendenmobilität hat die Ukraine in den letzten Jahren laut dem Analyseunternehmen Statista (statista.com) Polen als wichtiges Herkunftsland von Studierenden in Deutschland überholt: im Wintersemester 2019/2020 waren 8.933 Studierende aus der Ukraine und 7.211 Studierende aus Polen an deutschen Hochschulen eingeschrieben.

Im Bereich der Projektförderung des DAAD werden gemeinsame Forschungs- oder Lehrprojekte unterstützt, die ebenfalls individuelle Mobilität zwischen beiden Ländern, aber gerade auch gemeinsame Forschungsvorhaben und längerfristige Partnerschaften ermöglichen. Die Projektförderung in beide Richtungen (Deutschland – Ukraine) umfasste 1.451 projektgebundene Reise- und Aufenthaltshilfen im Jahr 2019, wobei insbesondere die (langfristigen) Hochschulpartnerschaften von großer Bedeutung sind. Mit über 120 in der Ukraine durchgeführten Projekten im Jahr 2019 wie Sommerschulen, Workshops oder gemeinsamen Tagungen werden die Aktivitäten deutscher Hochschulen in der Ukraine durchaus kontinuierlich unterstützt.

Ein weiterer Akteur des akademischen Austausches ist neben dem DAAD die Alexander-von-Humboldt-Stiftung, die seit 1953 als gemeinnützige Stiftung der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung der internationalen Forschungszusammenarbeit beiträgt. Den Schwerpunkt der Stiftung bilden Stipendien- und Preisträgerprogramme, welche die internationale Mobilität deutscher wie ausländischer Forscher:innen unterstützen. Regionale oder thematische Schwerpunkte spielen in der Förderstrategie ebenso wenig eine Rolle wie aktuelle politische Ereignisse.

Die Ukraine ist in den von der Humboldt-Stiftung geförderten Projekten weder als Herkunfts- noch als Zielland der Forscher:innen besonders präsent. Inge-

samt sind seit dem Jahr 1953 (!) nur 221 Forschungsstipendien und zehn Forschungspreise an Forschende aus der Ukraine vergeben worden. Aktuell verzeichnet das weltweite Humboldt-Netzwerk 100 (ehemalige) Forschungsstipendiat:innen und sechs Preisträger:innen aus der Ukraine. Fachlich dominierten in den letzten Jahren die Geistes- und Sozialwissenschaften, gefolgt von Natur- und Ingenieurwissenschaften. Für den aktiven Wissenschaftsaustausch zwischen Deutschland und der Ukraine ist der DAAD jedoch mit der Vielfalt seiner Programme und der Präsenz im Land selbst von erheblich größerer Bedeutung.

Die Ukraine studieren? Fehlanzeige

Deutlich problematischer als im Bereich der Forschung ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Ukraine in der akademischen Lehre aufgestellt. Während etwa die Polonistik an immerhin zwei Standorten (Potsdam und Halle) als eigenständiger Bachelor-Studiengang studiert werden kann, ist eine Beschäftigung mit der Ukraine nur im Rahmen allgemeinerer Osteuropa-orientierter Studiengänge möglich. In Anbetracht der fehlenden Professuren mit entsprechender Ukraine-Denomination ist dies auch nicht verwunderlich. Wie stark ein Ukraine-Schwerpunkt damit im Studium tatsächlich verfolgt werden kann, hängt daher von der jeweiligen Kurs- und Lehrpersonalsituation in den einzelnen Semestern ab. Eine Kontinuität kann so allerdings nicht aufrechterhalten werden.

Immerhin haben sich an einigen Forschungsstandorten zur Ukraine in den letzten Jahren Sommer- oder Winterschulen als kompakte Lehr-, Transfer- und Vernetzungsformate etabliert. Die wohl bekannteste und auch einzige Sommerschule mit explizitem und ausschließlichem Ukrainebezug ist das Greifswalder *Ukrainicum – Greifswald Ukrainian Summer School*, das vom Alfred Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald und der Universität Greifswald organisiert wird und 2021 bereits zum 25. Mal stattfindet. Das Programm besteht aus Ukrainischkursen am Vormittag und multidisziplinären Veranstaltungen im Bereich der Ukrainestudien nachmittags und abends.

Ähnlich strukturiert ist die zweiwöchige ukrainische Sommerschule *Viadrinicum*, die seit 2015 jährlich im August/September an der Europa-Universität in Frankfurt (Oder) stattfindet und bewusst transnational aufgestellt ist. Innerhalb weniger Jahre erreichte dieses Programm auch aufgrund seiner innovativen und transdisziplinären Lernformate eine große Bekanntheit und internationale Aufmerksamkeit unter Studierenden, Forschenden sowie zivilgesellschaftlichen und kulturschaffenden Akteuren. An der Viadrina ist ebenfalls das Weiterbildungsprojekt *Ukraine Calling* angesiedelt, das sich an Verantwortliche in Organisationen

aus Zivilgesellschaft, Bildung, Kultur, Politik, Medien, Verwaltung und Wirtschaft richtet, die intensiver mit ukrainischen Partnern zusammenarbeiten und dafür ihr Wissen über Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in der Ukraine ausbauen möchten.

Eine fünftägige Winterschule zur Wirtschaft, Geschichte, Kultur und Politik der Ukraine wird regelmäßig am IOS in Regensburg angeboten. Im Gegensatz zu den Sommerschulen in Greifswald und z. T. Frankfurt (Oder) umfasst diese Veranstaltung keine Sprachkurse, aber ein sehr umfangreiches wissenschaftliches Programm der aktuellen Ukrainestudien sowie Lesungen und Filmvorführungen.

Selbst das Vorhaben, die ukrainische Sprache im Rahmen allgemeinerer Osteuropa-Studiengänge zu lernen, ist an vielen Hochschulstandort nicht möglich. Noch immer sind es nur sehr wenige Universitäten, die Ukrainisch als Teil der Slawistik-Studiengänge oder ganz allgemein an den Sprachenzentren anbieten, die Zahl hat sich allerdings seit dem Euromaidan erhöht. Im Sommersemester 2019 konnte man an zwölf Hochschulen in Deutschland Ukrainisch lernen. Die Universitäten in München, Konstanz und Bamberg bieten Ukrainisch sowohl im Rahmen der Bachelor- und Masterstudiengänge Slawistik als auch in Kursen im Sprachenzentrum, die Studierenden aller Fachrichtungen offenstehen, an. An den Universitäten Greifswald, Leipzig, Bochum, Oldenburg und Göttingen wird Ukrainisch als Teil der Sprachausbildung in den Slawistik-Studiengängen unterrichtet, aber die Sprachenzentren der Universitäten führen keine eigenen Ukrainisch-Kurse durch. Universitäten, deren Sprachenzentren Ukrainisch-Kurse (unabhängig von Slawistik-Studiengängen) durchführen, sind die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) sowie die Universitäten Erlangen-Nürnberg (am Standort Erlangen) und Trier (in Kooperation mit dem Slawistik-Institut). An der Universität Augsburg kann Ukrainisch am Bukowina-Institut erlernt werden.

Ukrainisch ist in Deutschland keine sehr populäre Sprache und stand lange im Schatten des Russischen. Bis 2014 waren weder die ukrainische Politik noch Kultur und Sprache jenseits von Expertenkreisen bekannt, insofern ist erst seit dem Euromaidan überhaupt eine – wenn auch nach wie vor recht geringe – Nachfrage nach Informations- und Bildungsangeboten zur Ukraine zu verzeichnen. In den Katalogen der Volkshochschulen und auch der meisten Sprachschulen kommt Ukrainisch als Kurs nicht vor. Jenseits der Universitäten gibt es neben dem Selbststudium oder ggf. privatem Unterricht durch Ukrainer:innen in Deutschland praktisch keine Möglichkeit, sich die ukrainische Sprache anzueignen. Auch das deutsch-ukrainische Sprachenjahr, das 2017/18 als bilaterales Projekt v. a. vom Goethe-Institut

durchgeführt wurde und über 60 Veranstaltungen und Projekte zur ukrainischen Sprache in Deutschland beinhaltete, hat daran offenbar wenig geändert.

Fazit: Kein Platz für Ukraine-Studien in der deutschen Hochschullandschaft

Auch sechs Jahre nach dem Beschluss der Bundesregierung, mit dem ZOiS ein eigenständiges Institut für sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung zu Osteuropa zu schaffen und der Erkenntnis, dass eine gegenwartsbezogene Osteuropaforschung und -lehre eklatante Lücken aufweist, ist die Etablierung einer systematischen Ukraine-Forschung in Deutschland noch immer nicht erkennbar. Das ZOiS trägt seit seiner Gründung unbestreitbar dazu bei, dass nicht nur mehr und disziplinär vielfältiger zur Ukraine geforscht wird, sondern sich auch durch Kolloquien und andere Veranstaltungen Netzwerke von Ukraine-Expert:innen bilden können, das ist aber allenfalls ein Anfang – und ein regional begrenzter, auf den Berlin-Brandenburger Raum fokussierter zudem. Der eigentliche Kern liegt in den Schwachstellen an den Universitäten, die Osteuropaexpertise ab- statt aufgebaut haben und gerade mit Blick auf sozialwissenschaftliche Forschung dem Themenfeld Osteuropa/Ukraine bis heute keine wirkliche Bedeutung beimessen. Im Ergebnis ist die Ukraine-Forschung in Deutschland daher nach wie vor stark

fragmentiert und auf viele Einzelprojekte aufgeteilt. Klare Vernetzungsmomente, an denen sich eine Forschungs-Community herausbilden könnte, wie etwa einschlägige Tagungen, eine Fachgesellschaft und entsprechende Publikationen, fehlen. Eine Struktur der *Ukrainian Studies*, wie sie in den USA (v. a. um das *Harriman Institute* an der Columbia University in New York oder das *Harvard Ukrainian Studies Institute*) oder in Kanada im Rahmen mehrerer Universitäten, Konferenzen und Fachzeitschriften vorliegt, ist hierzulande in sehr weiter Ferne. Somit können weder eine formelle oder informelle Fachgesellschaft noch explizite Förderungsschwerpunkte entstehen – die Kleinprojekte bleiben singular und ohne nennenswerte theoretische oder empirische Synergien. Eine derart löchrige Wissenslandschaft kann weder einen strukturierten akademischen Dialog hervorbringen, noch einen kontinuierlichen Transfer in Gesellschaft und Politik hinein leisten. Die Ukraine-Expert:innen von morgen, die in Ministerien, Unternehmen, Zivilgesellschaft und in der Forschung so dringend gebraucht werden, kann die deutsche Hochschullandschaft auf dieser Basis nicht ausbilden. Über verbreitetes Unverständnis, Desinteresse und Fehlwahrnehmungen einer ganzen Gesellschaft in Bezug auf eines der größten europäischen Nachbarländer der EU braucht man sich daher weiterhin nicht zu wundern – und die nächste Krise kommt bestimmt.

Anmerkung:

Der Text basiert teilweise auf einer Studie der Autorin zu den deutsch-ukrainischen Kulturbeziehungen, die 2018–2020 im Auftrag des Instituts für Auslandsbeziehungen erstellt wurde.

Über die Autorin:

Dr. Susann Worschech ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Masterstudiengang European Studies an der Europa-Universität Viadrina. Ihr Forschungsgebiet ist die Politische Soziologie Europas mit einem besonderen Fokus auf Zivilgesellschaft und sozialem Wandel in Mittel- und Osteuropa. Ihre Arbeit wurde mehrfach ausgezeichnet, zuletzt mit dem PostDoc-Preis des Landes Brandenburg 2019.

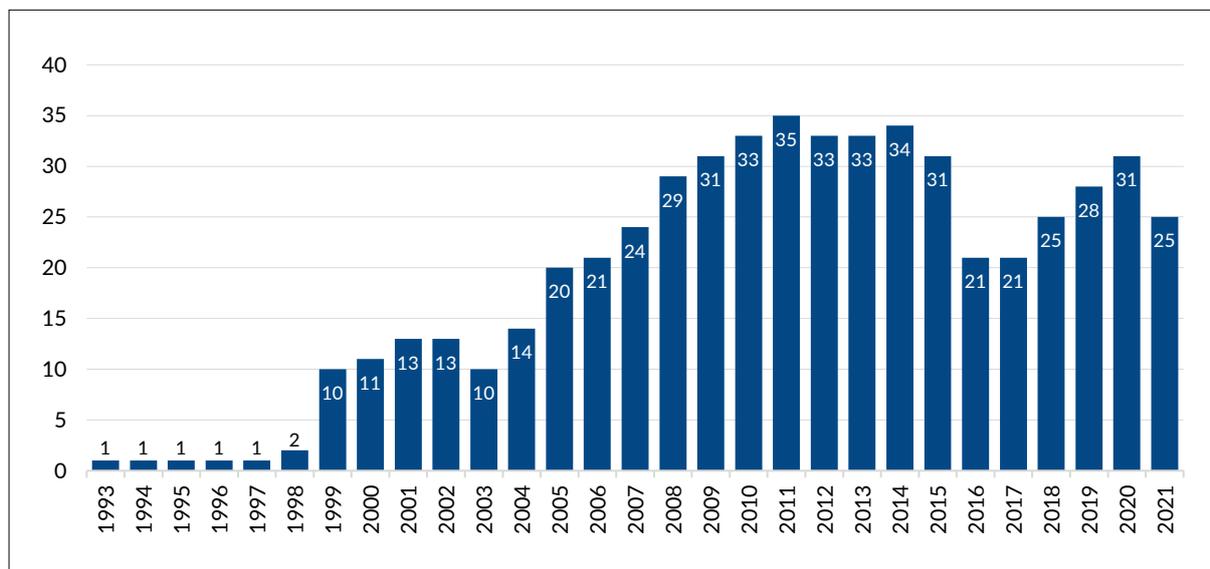
Bibliographie / Lesetipps:

Worschech, Susann (2020): Deutsch-ukrainische Kulturbeziehungen. Veränderungen nach dem Euromaidan. 1. Aufl. Stuttgart (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik). Online verfügbar unter https://publikationen.ifa.de/out/wysiwyg/uploads/70edition/deutsch-ukrainische-kulturbez_worschech.pdf.

STATISTIK

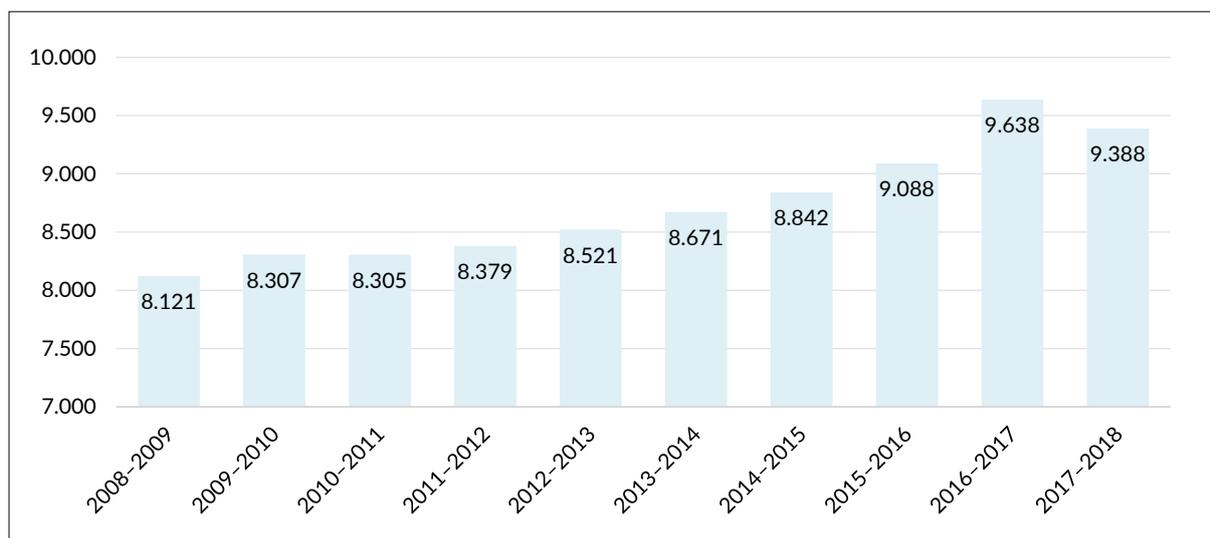
Deutsch-Ukrainische Bildungskooperation

Grafik 1: Anzahl der jährlich von der DFG geförderten Forschungs- und Kooperationsprojekte mit Ukrainebezug, 1993–2021 (mehrjährige Projektlaufzeiten wurden jahresbasiert betrachtet)



Quelle: Deutsche Forschungsgemeinschaft, www.dfg.de.

Grafik 2: Ukrainische Studierende in Deutschland



Anzahl ukrainischer Studierender in...

	2008–2009	2009–2010	2010–2011	2011–2012	2012–2013	2013–2014	2014–2015	2015–2016	2016–2017	2017–2018
Deutschland	8.121	8.307	8.305	8.379	8.521	8.671	8.842	9.088	9.638	9.388

zum Vergleich:

Russland	2.773	4.756	2.578	k. a.	k. a.	4.554	9.458	11.636	11.440	11.360
Polen	2.831	3.499	4.879	6.321	9.620	14.951	22.833	30.041	33.370	37.780

Quelle: Yegor Stadny (2019): *Ukrainian Students Abroad: Data for the Academic Year of 2017/18*, Cedos, <https://cedos.org.ua/en/researches/ukrainske-studentstvo-za-kordonom-dani-do-201718-navchalnoho-roku/>.

Quartalsbericht zur Ukraine: Januar bis März 2021

Von Andrian Prokip

(Kennan Institute, Wilson Center, Washington, D.C./Ukrainian Institute for the Future, Kyjiw)

Zusammenfassung

Im ersten Quartal 2021 war die Ukraine ein Epizentrum sanktionspolitischer Maßnahmen. Die USA verhängten Sanktionen gegen ukrainische Parlamentsabgeordnete, denen Versuche, die US-Wahlen 2020 zu beeinflussen, zur Last gelegt werden, sowie gegen den Oligarchen Ihor Kolomojskyj; die russische Regierung verlängerte ihre Liste der mit Sanktionen belegten ukrainischen Unternehmen. Die ukrainische Regierung verhängte Sanktionen gegen ukrainische Staatsbürger, vor allem prorussische Oppositionspolitiker und deren Familien, außerdem gegen die chinesischen Investoren, die das Unternehmen Motor Sitsch gekauft haben – einen Produzenten von Flugzeug- und Hubschraubermotoren, der für die Ukraine verteidigungspolitisch von strategischer Bedeutung ist. Das politische Gesamtbild in der Ukraine war von einer neuen – der bislang schlimmsten – Covid-19-Welle und dem langsamen Anlaufen eines Impfprogramms geprägt.

1. Internationale Beziehungen

Internationale »Krim-Plattform« zur Deokkupation der Halbinsel

Ende Februar unterschrieb Präsident Wolodymyr Selenskyj ein Dekret zur Gründung der Krim-Plattform, einer Initiative zur Zusammenführung und Koordinierung von internationalen Bestrebungen zur Deokkupation der Halbinsel Krim, die bislang auf Ad-hoc-Ebene stattfanden. Russland bezeichnete die Initiative erwartungsgemäß als gegen »seine Regionen« gerichtete »aggressive Bedrohung«. Der erste internationale Gipfel der Plattform soll am 23. August 2021 stattfinden – an diesem Tag feiert die Ukraine den 30. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit.

Am 14. Januar nahm der Europäische Menschenrechtsgerichtshof Klagen der Ukraine gegen Rechtsverstöße auf der Krim zu Teilen als zulässig an. Bis zu einem endgültigen Urteil des Gerichts kann es noch Jahre dauern.

US-Sanktionen gegen ukrainische Staatsbürger

Anfang Januar verhängten die USA Sanktionen gegen sieben ukrainische Staatsbürger und vier Medienkanäle, die laut US-Administration Verbindungen nach Russland und zu Andrij Derkatsch haben, einem Abgeordneten des ukrainischen Parlaments, dem die US-Regierung vorwirft, russischer Agent zu sein. Derkatsch haben die USA im September 2020 wegen des Versuchs der Beeinflussung der US-Präsidentschaftswahl 2020 mit Sanktionen belegt. Weitere Ukrainer, gegen die Sanktionen verhängt wurden, sind Oleksandr Dubinskyj, ein Parlamentsabgeordneter aus Selenskyjs Partei, sowie etliche ehemalige Regierungsbeamte.

Im März 2021 belegten die USA den mächtigen ukrainischen Oligarchen und ehemaligen Eigentümer der PrivatBank Ihor Kolomojskyj mit Sanktionen. Einer Verlautbarung des Außenministeriums zufolge war er 2014/15, in seiner Zeit als Gouverneur von Dnipropetrowsk, in »Korruption beträchtlichen Ausmaßes« involviert. Die US-Regierung wirft Kolomojskyj und seinem Partner Hennadij Boholjubow vor, Gelder der PrivatBank veruntreut zu haben.

Motor Sitsch-Verstaatlichung und Beziehungen zu China

Das ukrainische Unternehmen Motor Sitsch ist einer der größten Produzenten von Flugzeug- und Hubschraubermotoren sowie Gasturbinen weltweit. Es wurde Mitte der 1990er Jahre privatisiert, Ende 2019 genehmigten seine ukrainischen Eigentümer den Verkauf einer Anteilsmehrheit an chinesische Investoren. Die US-Regierung war gegen diesen Verkauf, aus Sorge, dass er Peking Zugang zu wichtigen Verteidigungstechnologien verschaffen würde.

Mitte 2020 gab Präsident Selenskyj einen Bericht über die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Implikationen des Motor-Sitsch-Verkaufs in Auftrag. Auf Grundlage der gelieferten geheimdienstlichen Analyse verhängte der Präsident anschließend Sanktionen gegen den Käufer von Motor Sitsch, das chinesische Unternehmen Skyrizon. Einige Tage zuvor hatte das US-Handelsministerium Skyrizon auf seine Liste militärischer Endverwender gesetzt, da das Hersteller-Konglomerat enge Verbindungen zur Volksrepublik China und ihrer Volksbefreiungsarmee unterhält.

Im März 2021 gab der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine bekannt, dass das Unternehmen verstaatlicht werden soll, da dessen Privatisierung illegal gewesen sei. China forderte die Ukraine daraufhin auf, bei der Entscheidung über die Verstaatlichung die Interessen der Unternehmensinvestoren zu berücksichtigen. Derzeit

strebt Skyrizon ein neues Schiedsgerichtsverfahren gegen die Ukraine an, um den juristischen Druck auf sie zu erhöhen; bereits 2020 brachte Skyrizon ein internationales Schiedsverfahren über 3,5 Milliarden US-Dollar gegen Kyjiw auf den Weg. Trotz dieser Druckmittel unterzeichnete Präsident Selenskyj am 24. März 2021 eine Verordnung, die die Verstaatlichung in Kraft setzte.

Diese Entwicklungen werden sich mit Sicherheit auf die bilateralen ukrainisch-chinesischen Beziehungen auswirken. Teil der chinesischen Reaktion auf den Beschluss zur Verstaatlichung war ein Besuch von chinesischen Unternehmensvertretern im März 2021 auf der Krim, die das touristische Potential der Halbinsel prüfen sollten. Im Anschluss an den Besuch forderte das chinesische Außenministerium die Ukraine auf, eine Politisierung von Kooperationen chinesischer Firmen mit Unternehmen auf der Krim zu unterlassen.

Sanktions-Ping-Pong zwischen Russland und der Ukraine

Im Februar verlängerte die russische Regierung die Liste von Gütern, die nicht aus der Ukraine importiert werden dürfen. Neu hinzu kamen vor allem Eisenbahnräder und einige andere Bauteile für Eisenbahnwaggons. Außerdem setzte Russland neun weitere ukrainische Unternehmen auf seine Sanktionsliste, auf der nun 84 ukrainische Personen und Unternehmen stehen.

Im Gegenzug erweiterte die ukrainische Regierung ihre Sanktionslisten von russischen Bürgern und Unternehmen – hinzu kamen etliche russische Medienkanäle sowie staatliche Funktionsträger. Präsident Selenskyj setzt erst seit kurzem auf Sanktionen gegen Russland als Instrument zur Wahrung der nationalen Sicherheit.

Bericht des Iran über den Abschuss eines ukrainischen Flugzeugs

Am 31. Dezember 2020 übermittelte die iranische Regierung Kyjiw ihren Abschlussbericht zum Abschuss eines zivilen Flugzeugs am 8. Januar 2020. Ukrainische Amtsträger bezeichneten das Dokument als »zynischen Versuch« der Verschleierung der wahren Absturzursachen und stellten weiterhin fest, der Bericht verleugne die Schuld statt die Umstände des Vorfalls zu untersuchen. Außerdem hätten iranische Behörden die im Abkommen über die internationale Zivilluftfahrt festgelegten Bestimmungen verletzt. Vertreter des US-Außenministeriums sagten, die USA würden sich dafür einsetzen, dass der Iran für den Vorfall vor Gericht gestellt werde.

Beziehungen zur EU

Am 11. Februar kam der EU-Ukraine-Assoziierungsrat zu einem regulären Treffen in Brüssel zusammen. Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal thematisierte dabei die Fortschritte der Ukraine bei der Umsetzung der im Assoziierungsabkommen festgelegten notwendigen Reformen. Die EU-Vertreter Josep Borrel und Valdis Dombrovskis drängten Kyjiw in Bezug auf die Situation in der Ukraine auch, mehr für die Bekämpfung der Korruption und die Stärkung des Rechtsstaats zu tun, und das Europäische Parlament verabschiedete eine Resolution zur Ukraine, die die gleichen Bedenken enthält.

Beziehungen zu Ungarn

Der ungarische Außenminister Peter Szijjártó stattete Kyjiw im Januar 2021 einen offiziellen Besuch ab, bei dem er seinen ukrainischen Kollegen traf. Das Treffen wurde arrangiert, um die Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu stoppen. Diskutiert wurde die Bildung einer bilateralen Arbeitsgruppe zur fairen Beilegung des ukrainisch-ungarischen Konflikts um bildungs- und kulturpolitische Maßnahmen beider Seiten. Die Minister waren sich einig, dass die Spannung zwischen ihren Ländern in verletzten Emotionen und mangelndem Vertrauen gründen und überwunden werden können und sollen.

Beziehungen zu Moldau

Am 12. Januar stattete die Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, der Ukraine einen offiziellen Besuch ab, bei dem sie Präsident Selenskyj, Premierminister Denys Schmyhal und Außenminister Dmytro Kuleba traf. Gesprochen wurde über Themen aus den Bereichen bilateralen Handel, territoriale Integrität beider Länder, Modernisierung der Grenzinfrastruktur und über Wasserstreitigkeiten um den Schwarzmeereszufluss Dnister. Die Staatsoberhäupter einigten sich auf eine weitere Zusammenarbeit im Energie- und Infrastrukturbereich.

Präsident Selenskyjs Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten

Am 14. und 15. Februar besuchte Präsident Selenskyj die Vereinigten Arabischen Emirate, wo etliche Vereinbarungen und Absichtserklärungen über Investitionen und Militärkooperationen unterzeichnet wurden. Außerdem einigten

sich etliche große ukrainische Privatunternehmen mit Mubdala, dem staatlichen Investitionsunternehmen der Emirate, auf gemeinsame Absichtserklärungen.

2. Innenpolitik

Sanktionen und andere Maßnahmen gegen prorussische Politiker in der Ukraine

Im Februar 2021 belegten Präsident Selenskyj und der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat zwei ukrainische Politiker mit Wirtschaftssanktionen. Die Parlamentsabgeordneten Wiktor Medwedtschuk und Taras Kozak werden prorussischer Aktivitäten und der Terrorismusfinanzierung (in Form von Kooperation mit den nicht anerkannten Republiken im Donbas) verdächtigt. Medwedtschuk ist eine Führungsfigur der Partei Oppositionsplattform – Für das Leben und mit Wladimir Putin persönlich eng verbunden. Seit 2014 versuchte er, als Vermittler zwischen der Ukraine auf der einen Seite und Russland sowie den nicht anerkannten Republiken auf der anderen Seite zu agieren, obwohl Kyjiw ihn in dieser Funktion nicht anerkannt hat.

Über die Sanktionen werden drei Fernsehkanäle, die offiziell Kozak gehören, sowie der Verkauf von Anteilen einer Benzinfirma, die mutmaßlich Medwedtschuk gehört, verboten. Die Unternehmen sind wichtige Akteure auf dem ukrainischen Kraftstoffmarkt und importieren Benzin aus Russland.

Mit der Begründung, diese sei illegal privatisiert worden, brachte der Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine auch eine mögliche Verstaatlichung der Pipeline, durch die das Benzin aus Russland transportiert wird, ins Spiel. Der Geheimdienst der Ukraine leitete unterdessen eine Untersuchung wegen des Verdachts, dass Kozak und Medwedtschuk einen Staatsstreich vorbereiteten und Terrorismus finanzierten, ein.

Im Februar und März beschloss der Sicherheits- und Verteidigungsrat außerdem eine Reihe von Sanktionen gegen andere Unternehmen und Einzelpersonen, darunter auch russische Staatsbürger.

Einige bekannte ukrainische NGOs unterstützten die Sanktionen gegen die Fernsehkanäle öffentlich und argumentierten, diese seien kein Angriff auf die freie Meinungsäußerung – wie mitunter behauptet –, sondern ein notwendiger Schritt im Kampf gegen ausländische Beeinflussung.

Covid-19 in der Ukraine

Im ersten Quartal 2021 wurde die Ukraine von einer dritten Welle der Covid-19-Pandemie getroffen. Die Rate der täglichen Neuinfektionen erreichte im März mit 18.000 einen neuen Höchststand, bei über 300 Todesfällen pro Tag. Zum 20. März setzte das Kabinett erneut eine Verschärfung der Quarantäne-Regeln in Kraft.

Am 24. Februar startete die Ukraine eine Kampagne zur Massenimpfung, die jedoch nur langsam vorankam; Ende März hatten erst 200.000 Ukrainerinnen und Ukrainer eine erste Impfdosis erhalten. Die ukrainische Bevölkerung, auch das medizinische Personal, vertraut dem verfügbaren Impfstoff Covishield nicht, der in Indien analog zu dem Oxford-Mittel von Astrazeneca produziert wird. Laut einer Umfrage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen geht das geringe Vertrauen in die Impfung auf Desinformationen über Covid-19 und damit zusammenhängende Themen zurück. Außerdem fehlen der Ukraine die nötigen Impfstoffmengen, um ein schnelles Programm zur Massenimpfung zu organisieren.

Auch die ukrainische Wirtschaft wurde von der andauernden Pandemie schwer getroffen. 2020 fiel der Handelsumsatz um 6,4 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt des Landes ging um vier Prozent zurück. Der Umfang der ausländischen Direktinvestitionen war der niedrigste der letzten 20 Jahre. Sollten die behördlichen Beschränkungen in den Regionen gelockert werden, könnte im zweiten Quartal 2021 eine Erholung der Wirtschaft einsetzen.

Untersuchung des Charkiw-Abkommens von 2010

Der Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine beschloss eine Untersuchung sämtlicher Verfügungen des geflüchteten ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch, um festzustellen, ob sie die nationale Sicherheit bedrohen könnten. In diesem Zusammenhang gab der Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrats Oleksij Danylow bekannt, dass auch die Gründe für die Unterzeichnung des Charkiw-Abkommens 2010 untersucht werden sollen – damals stimmte die Ukraine einer Pachtverlängerung für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim bis 2042 zu und erhielt im Gegenzug einen Preisnachlass von 100 US-Dollar auf den ursprünglichen Preis von 330 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter russischen Gases. Russland kündigte den Vertrag zwar nach der Annexion der Krim-Halbinsel 2014, der Sicherheitsdienst der Ukraine ließ allerdings wissen, dass er die Abgeordneten der Werchowna Rada von 2010 zu ihrer Zustimmung zur Ratifizierung des Pakts befragen werde, um mögliche Hochverratsfälle gegen den Staat aufzudecken.

Die Entwicklungen um das Verfassungsgericht der Ukraine

Präsident Selenskyj führte seinen Kampf mit dem Verfassungsgericht der Ukraine (VGU) fort und forderte den Rücktritt etlicher seiner Mitglieder, die unter Korruptionsverdacht stehen. Die letzte Episode spielte sich am 27. Oktober 2020 ab, als das VGU ein Urteil verkündete, das einige rechtliche Regelungen in Bezug auf Verfahren und Institutionen der Korruptionsbekämpfung verfassungswidrig seien und im Widerspruch zur Unabhängigkeit der Justiz stehen. Präsident Selenskyj erließ daraufhin mehrfach Dekrete zur Suspendierung von Vorsitzenden Richtern des VGU. Um zwei Richter zu entlassen, annullierte er am 27. März die Dekrete, durch die sie zu Verfassungsrichtern ernannt worden sind.

Hierbei muss erwähnt werden, dass die gesetzliche und verfassungsrechtliche Gültigkeit dieser Entscheidungen Selenskyjs zweifelhaft ist.

Proteste gegen Energiekosten

Ende 2020 erhöhte die Regierung den Strompreis für Privathaushalte, der seit Anfang 2017 unverändert geblieben war. Wegen einer 2020 beschlossenen Liberalisierung des Erdgasmarkts für Privathaushalte sind die Preise seit Anfang 2021 an Marktschwankungen gekoppelt. Dadurch erhielten die Privathaushalte im Januar und Februar höhere Rechnungen, als sie erwartet hatten, was in der Ukraine zu einer Protestwelle führte – laut Geheimdienst der Ukraine wurde sie von Russland angestachelt.

Als Reaktion auf die Proteste deckelte die Regierung die Gaspreise bis Ende März, was nach Ansicht vieler Beobachter für einen robusten Gasmarkt, der wieder auf die Füße zu kommen versucht, eine Bedrohung darstellt. In der Ukraine besteht das Risiko, dass politische Führungsfiguren aus paternalistischen und populistischen Motiven heraus Reformen untergraben; insbesondere der IWF hat auf einen stabilen Gasmarkt als Bedingung für die Freigabe zusätzlicher Kredittranchen an die Ukraine gedrungen.

3. Reformfortschritte und Erfolgsgeschichten

S&P Global Ratings bestätigte für die Ukraine erneut die Bewertung B mit stabilem Ausblick für lang- und kurzfristige Zahlungsverpflichtungen in ausländischer oder Landeswährung. Verhandlungen zwischen der ukrainischen Regierung und dem IWF im ersten Quartal 2021 endeten allerdings ohne Vereinbarung. Der IWF ließ verlautbaren, dass die Unabhängigkeit der Nationalbank der Ukraine wie auch der Antikorruptionsstellen die entscheidende Bedingung für eine weitere Zusammenarbeit sei.

Im Januar schlugen die Botschafter der G7-Länder mit Botschaften in der Ukraine eine Roadmap zur Erneuerung des Vertrauens ins ukrainische Justizsystem vor. Der Plan enthält Empfehlungen für eine bessere Arbeitsweise des VGU und eine bessere Auswahl der VGU-Richter, außerdem Empfehlungen zur Reformierung des Hohen Justizrats, der Zukunft des Obersten Gerichts, einer stärkeren Verantwortlichkeit der Richter, zur Etablierung von Transparenzrichtlinien und zu Kriterien für einen Wettbewerb bei der Richterauswahl sowie einer unterbrechungsfreien und unabhängigen Arbeitsweise der ukrainischen Institutionen zur Korruptionsbekämpfung. In der Folge erkannte Präsident Selenskyj öffentlich an, dass es Probleme mit dem Justizsystem gibt.

Berater aus EU und USA kritisierten den Ansatz, die Arbeit der Hohen Berufungskommission für Richter 2021 wieder anlaufen zu lassen; das Ausscheiden von Richtern aus dem aktuellen System ohne stabil etablierten Neubesetzungsmechanismus wird als Einschränkung der allgemeinen Verfügbarkeit des Rechtssystems gesehen. Eine Hauptsorge gilt dem Vorschlag, der Kommission mehr Macht zu übertragen. Außerdem zeigten sich die Kritiker alarmiert darüber, dass diejenigen, die eine Neuauflage der Kommission anstreben, die Empfehlungen der Venedig-Kommission in Bezug auf neue Befugnisse der Kommission sowie besonders auf eine angemessene richterliche Vertretung in der Kommission möglicherweise ablehnen. Denn Konflikte zwischen Kommission und VGU über Rechtsfragen sollen vermieden werden.

Im März unterzeichnete Präsident Selenskyj das Gesetz zur Gründung des Büros für wirtschaftliche Sicherheit (BWS). Dieses soll den Druck auf Unternehmen verringern, der durch willkürliche Besteuerung und kriminelle Eingriffe in geschäftliche Aktivitäten entsteht. Die neue Agentur soll einen analytischen Ansatz zum Schutz rechtmäßiger Geschäftstätigkeiten anwenden, Organisationen der Schattenökonomie aufspüren und nicht schwerfällig agieren. Sobald sie ihre Arbeit aufnimmt, wird die Steuerpolizei aufgelöst.

Im März bestätigte der Präsident eine Neufassung der Militärischen Sicherheitsstrategie der Ukraine. Sie enthält einen umfassenden Ansatz zur Verteidigung der Ukraine angesichts andauernder militärischer Drohungen und eines hybriden Kriegs mit Russland.

Ende März bestätigte Präsident Selenskyj eine Nationale Menschenrechtsstrategie für die nächsten fünf Jahre. Sie kennzeichnet die Besetzung der Krim und den Krieg im Donbas, Rechtsstaatlichkeit und Justizverwaltung sowie Frauenrechte, freie Meinungsäußerung und Hassverbrechen als problematischste Menschenrechtsthemen in der Ukraine.

4. Die Situation im Donbas

Im ersten Quartal 2021 verschlechterte sich die Situation im Donbas verglichen mit den letzten sechs Monaten des Jahres 2020. Anzahl wie Schwere der Angriffe und die Zahl der Opfer stiegen deutlich.

Eine von 47 Ländern unterstützte Resolution der UN-Generalversammlung vom 26. März bezeichnete Russland in der Ostukraine als Konfliktpartei, nicht als Vermittler. Die russische Regierung unterstützt weiterhin bewaffnete Separatisten im Donbas und stellt weiter militärisches Material zur Verfügung. Laut Direktion des ukrainischen Militärgeheimdiensts hat Russland allein im März Panzer- und Personenminen, unbemannte Fluggeräte, Stationen zur elektronischen Kriegführung sowie etliche Dutzend Militärjeeps für »schnelle Reaktionen« inklusive Treibstoff in den Donbas geschickt.

Die von Russland unterstützten bewaffneten Separatisten im Donbas verweigerten Vertretern der Internationalen Atomenergiebehörde in nicht von der Regierung kontrollierten Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk den Zugang zu Lagerstätten von Nuklearmaterial.

Ein Regierungsvertreter Selenskyjs berichtete von Plänen der Regierung, einen Gipfel im Normandie-Format zu organisieren. Da Russland diese Möglichkeit jedoch blockiert, plant Präsident Selenskyj, mit den Regierungschefs von Deutschland, Frankreich und Russland einzeln persönlich zu sprechen. Momentan sind die Gespräche über den Donbas festgefahren und niemand sieht einen Ausweg aus der Sackgasse.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

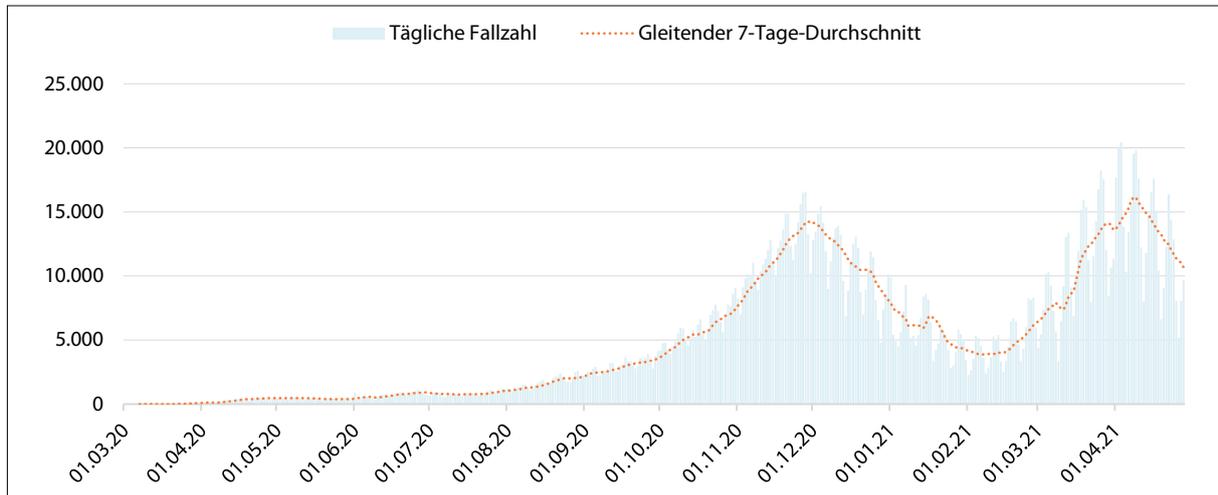
Das Kennan Institute des Wilson Center bringt unter dem Titel »Ukraine Quarterly Digest« jährlich vier Quartalsberichte heraus, die kurz und prägnant zentrale innen- und außenpolitische Entwicklungen der vergangenen Monate in der Ukraine zusammenfassen. Der jüngste Bericht für das erste Quartal des Jahres 2021 ist am 7. April 2021 erschienen und zugänglich unter: <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/ukraine-quarterly-digest-january-march-2021>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen bedankt sich beim Kennan Institute des Wilson Center für die Kooperation und die Erlaubnis, den Quartalsbericht in deutscher Übersetzung abdrucken zu dürfen.

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Stand: 28. April 2021)

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (tägliche Fallzahlen, 1. März 2020 – 28. April 2021)



Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 28.04.2021, 12:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

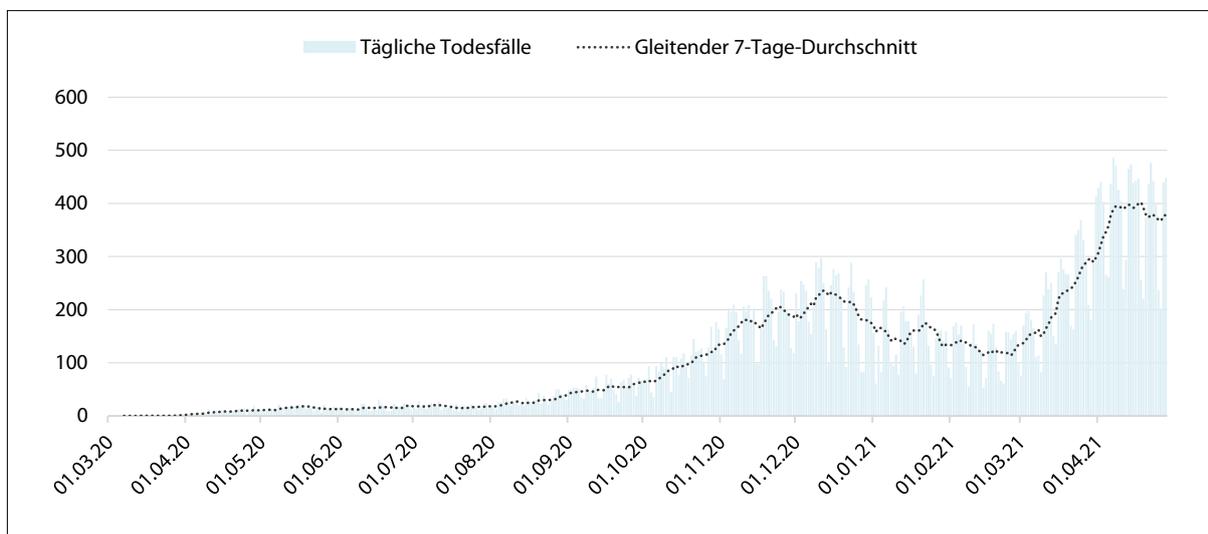
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Fälle, 27. März – 28. April 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
27.03.21	1.682.527	17.526	13.04.21	1.925.224	11.809
28.03.21	1.694.568	12.041	14.04.21	1.939.901	14.677
29.03.21	1.703.036	8.468	15.04.21	1.956.454	16.553
30.03.21	1.713.684	10.648	16.04.21	1.974.056	17.602
31.03.21	1.725.029	11.345	17.04.21	1.989.160	15.104
01.04.21	1.742.710	17.681	18.04.21	1.999.567	10.407
02.04.21	1.762.713	20.003	19.04.21	2.006.197	6.630
03.04.21	1.783.169	20.456	20.04.21	2.015.257	9.060
04.04.21	1.797.027	13.858	21.04.21	2.027.544	12.287
05.04.21	1.807.327	10.300	22.04.21	2.043.901	16.357
06.04.21	1.820.725	13.398	23.04.21	2.058.301	14.400
07.04.21	1.836.260	15.535	24.04.21	2.071.142	12.841
08.04.21	1.855.806	19.546	25.04.21	2.079.200	8.058
09.04.21	1.875.605	19.799	26.04.21	2.084.384	5.184
10.04.21	1.893.192	17.587	27.04.21	2.092.421	8.037
11.04.21	1.905.430	12.238	28.04.21	2.102.130	9.709
12.04.21	1.913.415	7.985			

Für die Zahlen vom 01.03.2020–26.03.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–249.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 28.04.2021, 12:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (tägliche Todesfälle, 1. März 2020 – 28. April 2021)

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 28.04.2021, 12:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

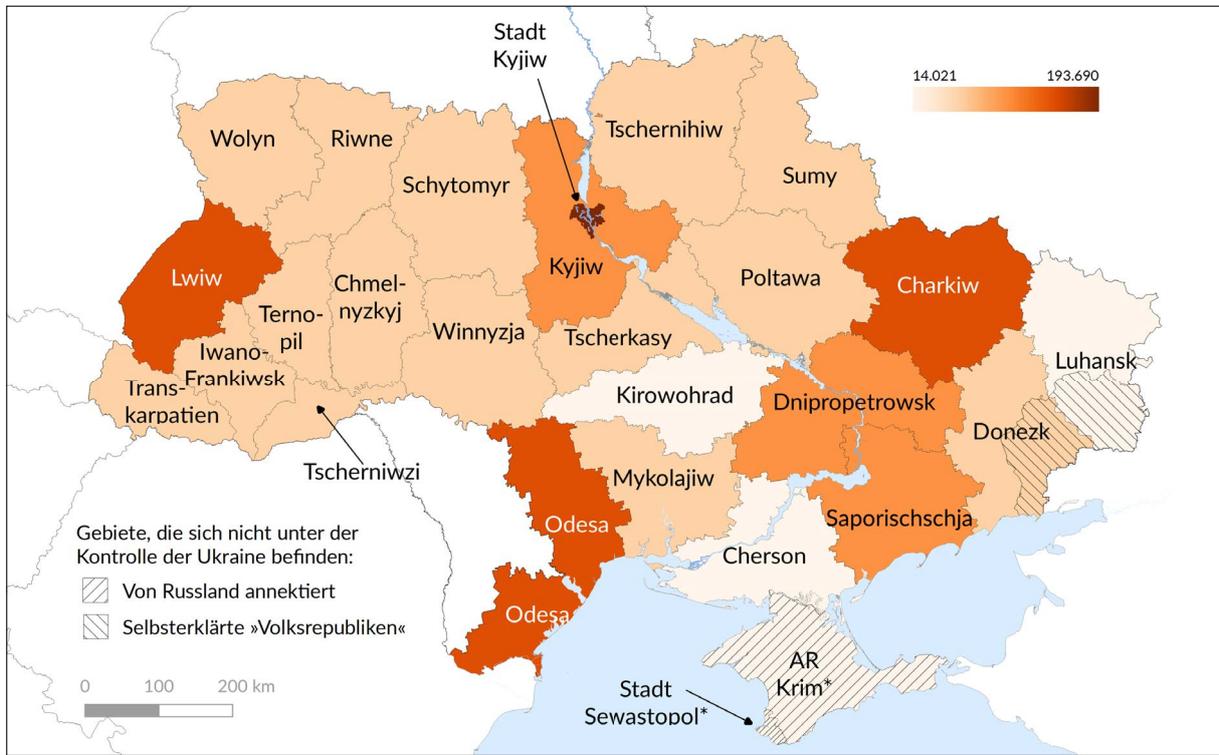
Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (27. März – 28. April 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
27.03.21	33.363	295	13.04.21	39.477	465
28.03.21	33.571	208	14.04.21	39.950	473
29.03.21	33.752	181	15.04.21	40.389	439
30.03.21	34.043	291	16.04.21	40.832	443
31.03.21	34.456	413	17.04.21	41.278	446
01.04.21	34.885	429	18.04.21	41.534	256
02.04.21	35.326	441	19.04.21	41.755	221
03.04.21	35.729	403	20.04.21	42.129	374
04.04.21	35.994	265	21.04.21	42.565	436
05.04.21	36.255	261	22.04.21	43.041	476
06.04.21	36.692	437	23.04.21	43.483	442
07.04.21	37.178	486	24.04.21	43.884	401
08.04.21	37.649	471	25.04.21	44.121	237
09.04.21	38.074	425	26.04.21	44.323	202
10.04.21	38.479	405	27.04.21	44.763	440
11.04.21	38.718	239	28.04.21	45.211	448
12.04.21	39.012	294			

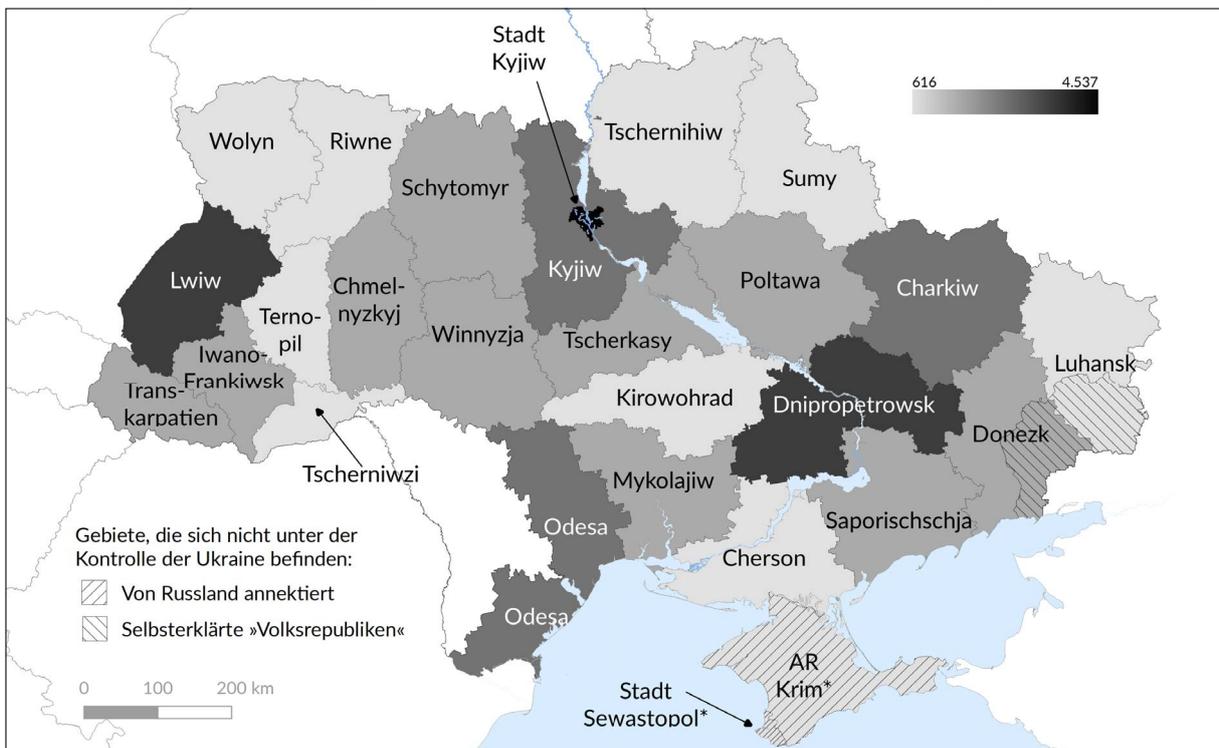
Für die Zahlen vom 01.03.2020–28.04.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–249.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 28.04.2021, 12:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

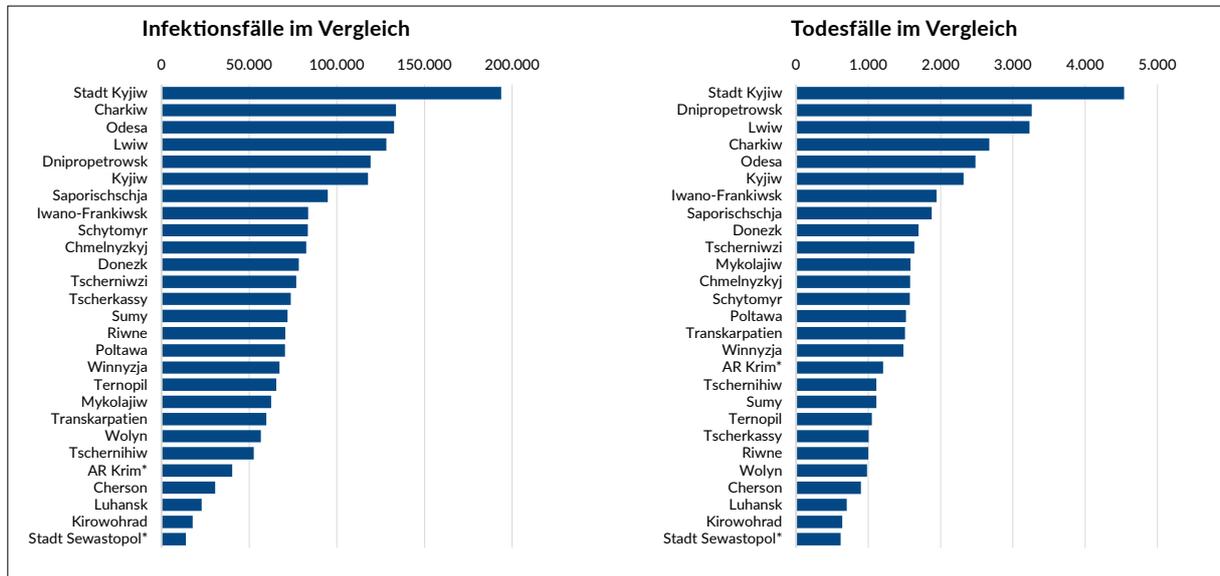
Grafik 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen (Stand: 28. April 2021)

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 28.04.2021 08:24 Uhr.
Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Regionale Verteilung der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 28. April 2021)

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 28.04.2021 08:24 Uhr.
Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 28. April 2021)



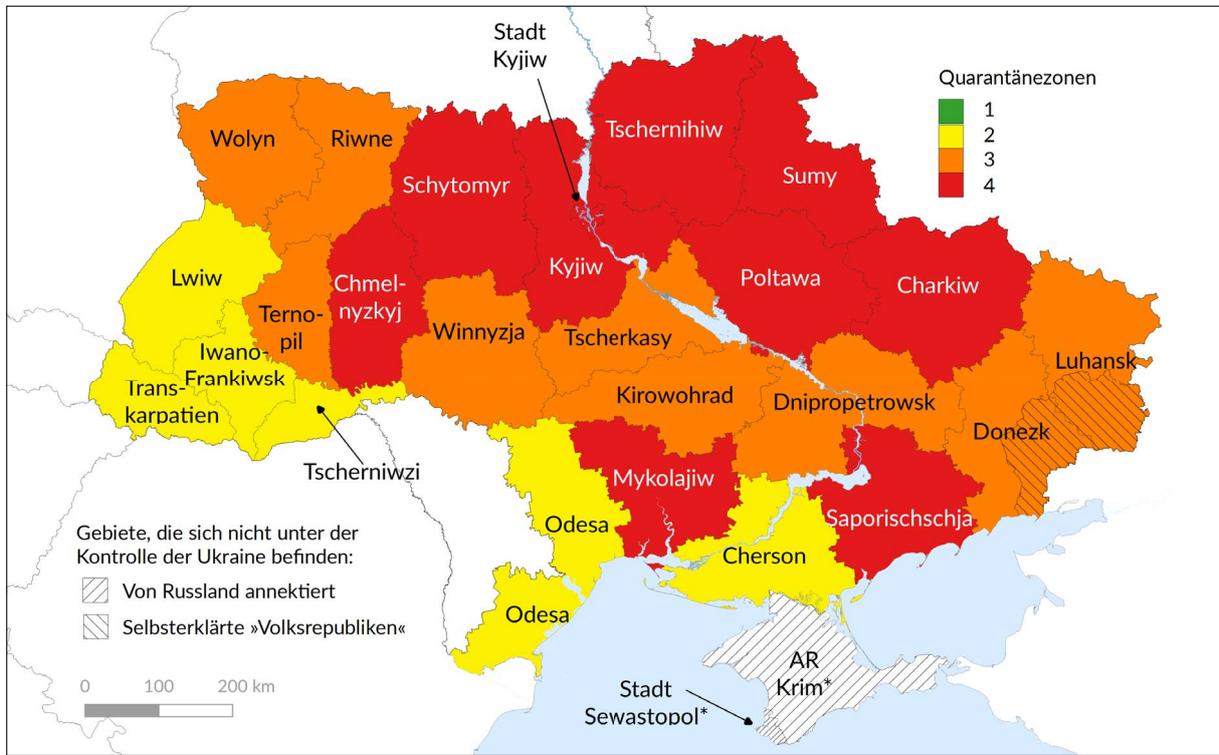
* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 28.04.2021 08:24 Uhr.

Tabelle 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 28. April 2021)

Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	133.767	2.673
Cherson	30.610	896
Chmelnyzkyj	82.619	1.578
Dnipropetrowsk	119.204	3.263
Donezk	78.257	1.694
Iwano-Frankiwsk	83.582	1.942
Kyjiw	117.797	2.316
Stadt Kyjiw	193.690	4.537
Kirowohrad	17.843	638
Luhansk	22.943	700
Lwiw	128.331	3.231
Mykolajiw	62.537	1.582
Odesa	132.611	2.484
Poltawa	70.518	1.521
Riwne	70.725	1.001
Saporischschja	94.860	1.878
Schytomyr	83.546	1.573
Sumy	71.969	1.109
Ternopil	65.498	1.047
Transkarpatien	59.795	1.509
Tscherkassy	73.679	1.003
Tschernihiw	52.642	1.111
Tscherniwzi	76.871	1.637
Winnyzja	67.331	1.486
Wolyn	56.613	982
AR Krim*	40.271	1.204
Stadt Sewastopol*	14.021	616

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 28.04.2021 08:24 Uhr.

Grafik 6: Covid-19-Quarantäne-zonen (Stand: 28. April 2021, Daten bis zum 27. April 2021)



* Keine Daten; Datenquelle: https://moz.gov.ua/uploads/6/30338-27_04_2021.pdf, Stand: 28.04.2021.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 23. März – 25. April 2021

23.03.2021	Die ukrainische Regierung verpflichtet per Dekret alle Ausländer bei der Einreise in die Ukraine einen Covid-19-Test vorzuweisen, der innerhalb der letzten 72 Stunden durchgeführt wurde.
23.03.2021	Die Regierung beschließt im Rahmen der Eindämmung des Coronavirus eine Maskenpflicht in den »roten« Quarantäne-zonen auch im Freien, wenn der Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann, z. B. an Bushaltestellen.
23.03.2021	Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksij Danylow, schließt einen erneuten landesweiten Lockdown wegen der Corona-Pandemie nicht aus.
25.03.2021	Einer neuen repräsentativen Umfrage des Rating-Meinungsforschungsinstituts zufolge ist die Impfbereitschaft in der Bevölkerung leicht gestiegen: Wollten sich im Februar 2021 noch 32 Prozent gegen das Coronavirus impfen lassen, selbst wenn dies kostenpflichtig wäre, stieg der Anteil im März auf 38 Prozent. Eine kostenlose Impfung würden 47 Prozent in Anspruch nehmen, gegenüber 39 Prozent im Vormonat. 49 Prozent würden sich nicht impfen lassen, selbst wenn die Impfung kostenlos wäre. 61 Prozent der Befragten stimmen im Falle einer Verschlechterung der aktuellen Lage strikteren Einschränkungen zu, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen.

26.03.2021	Mit 18.132 Neuinfektionen binnen 24 Stunden wird in der Ukraine ein neuer Höchstwert seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie verzeichnet.
28.03.2021	Gesundheitsminister Maksym Stepanow berichtet, dass am Vortag 5.052 Personen mit Covid-19 hospitalisiert wurden, was einen neuen Negativrekord bedeutet. Der vorherige Höchstwert wurde am 17. März mit 4.887 eingewiesenen Corona-Patienten verzeichnet.
29.03.2021	Die Oblast Tschernihiw wird zur »roten« Covid-19-Zone erklärt. Die Region Cherson im Süden des Landes ist aktuell die einzige »gelbe« Zone, während 13 Regionen des Landes »orange« Zonen und zehn Regionen »rote« Zonen sind.
29.03.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj schlägt vor, wie auch in anderen Ländern diskutiert, Impfpässe für Personen auszustellen, die bereits gegen das Coronavirus geimpft wurden.
31.03.2021	Laut der Agentur Interfax-Ukraine hat sich die Ukraine eine Million zusätzlicher Dosen des Pfizer/BioNTech Impfstoffs im Rahmen der COVAX-Initiative gesichert. Der Covid-19-Impfstoff soll Ende Juni geliefert werden.
31.03.2021	Am vergangenen Tag wurden 5.558 mit dem Coronavirus infizierte Personen hospitalisiert, was einen neuen Höchstwert darstellt.
31.03.2021	Die Stadt Kyjiw beschließt wegen steigender Infektionszahlen striktere Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus. Ab dem 5. April werden alle Kindergärten und Schulen geschlossen und in den öffentlichen Verkehrsmitteln dürfen nur noch Passagiere mit einer speziellen Genehmigung fahren.
01.04.2021	Laut einer Prognose der Kyiv School of Economics (KSE) werden sich die Covid-19-Fallzahlen in den kommenden zwei Wochen stabilisieren. Aktuell sei die Mortalität um etwa ein Drittel höher als in der zweiten Welle im Herbst, so Gesundheitsökonom Jurij Hanytschenko von der KSE.
02.04.2021	Der Vorsitzende der Werchowna Rada Dmytro Rasumkow unterzeichnet ein Gesetz über die finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Beschäftigten, die von den Covid-19-Quarantänebeschränkungen betroffen sind. Unternehmen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, die in den »roten« Zonen aufgrund der Einschränkungen nicht ihrer Arbeit nachgehen können, erhalten eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 8.000 Hrywnja (ca. 240 Euro).
02.04.2021	Mit 19.893 registrierten Coronavirus-Neuinfektionen am vergangenen Tag meldet die Ukraine einen neuen Höchstwert.
05.04.2021	Laut der KyivPost gaben im vergangenen Jahr wegen der Beschränkungen infolge der Coronavirus-Pandemie 3.850 Restaurants in der Ukraine ihr Geschäft auf. Waren vor Ausbruch der Pandemie im März 2020 in der Ukraine etwa 18.600 Cafés, Bars und Restaurants registriert, waren es ein Jahr später nur noch 14.700. Die durch das Coronavirus verursachten Einbußen für Cafés und Restaurants werden auf mehr als 200 Mio. US-Dollar geschätzt.
06.04.2021	Laut Gesundheitsminister Maksym Stepanow hat sich die Covid-19-Situation im Land weiter verschlechtert: Die Neuinfektionen und die Mortalität steigen, ebenso die Belegung der Intensivbetten mit Beatmungsgeräten, die inzwischen zu 58 Prozent ausgelastet sind. In der vergangenen Woche seien etwa ein Fünftel mehr Corona-Patienten verstorben als in der Woche zuvor, so der Minister.
06.04.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj gibt bekannt, dass die Ukraine 10 Millionen Dosen des Pfizer/BioNTech-Impfstoffs gegen Covid-19 gesichert habe, die das Land noch im laufenden Jahr erhalten solle. Die Verhandlungen dauerten laut Gesundheitsminister Maksym Stepanow mehrere Monate und seien jetzt erfolgreich zum Abschluss gekommen.
06.04.2021	Laut der Nationalen Akademie der Wissenschaften verlangsamt sich das Infektionsgeschehen allmählich und die Zahl der täglichen Covid-19-Neuinfektionen stagniert. Ein Indiz für die abnehmende Dynamik sei laut der Akademie, dass die Testungen innerhalb einer Woche um fast 20 Prozent zurückgegangen seien.
07.04.2021	In der Ukraine werden mit 481 Todesopfern infolge einer Covid-19-Infektion binnen der letzten 24 Stunden so viele Todesfälle verzeichnet wie nie zuvor. Der bisherige Höchstwert wurde am 2. April mit 433 Toten verzeichnet.
07.04.2021	Gesundheitsminister Maksym Stepanow berichtet, dass der Ukraine etwa 230 Mio. US-Dollar für den Kauf von Covid-19-Impfstoffen fehlen, wenn das Land sein Ziel erreichen wolle, 70 Prozent der Bevölkerung zu impfen.
08.04.2021	Den zweiten Tag in Folge verzeichnet die Ukraine in absoluten Zahlen die meisten Covid-19-Neuansteckungen in Europa.
09.04.2021	Die Regionen Saporischschja und Chmelnyzkyj werden vom Gesundheitsministerium zu »roten« Zonen mit den strengsten Covid-19-Quarantänemaßnahmen erklärt. Am Vortag wurden die Restriktionen bereits in den Regionen Ternopil und Tschernihiw verschärft.

11.04.2021	Aktuell gelten 12 Regionen und die Hauptstadt Kyjiw als »rote« Quarantänezonen, was der Hälfte des Landes entspricht. Im März kündigte Gesundheitsminister Maksym Stepanow an, dass das ganze Land in einen Covid-19-Lockdown gehen könnte, sollten mehr als die Hälfte aller Regionen »rote« Quarantänezonen sein.
12.04.2021	Der chinesische Coronavac Impfstoff wird in der Ukraine zugelassen und soll ab dem folgenden Tag verimpft werden, berichtet die Nachrichtenagentur UNIAN. 215.000 Dosen des Impfstoffs wurden bereits in die Ukraine geliefert.
12.04.2021	Der Nachrichtenagentur UNIAN zufolge sollen ab dem Sommer in den größten Städten des Landes Impfzentren entstehen, die mehr als 10.000 Personen pro Tag gegen das Coronavirus impfen können. Aktuell werden die Impfungen vorwiegend von mobilen Impfteams durchgeführt.
14.04.2021	Die strikten Quarantänebestimmungen zur Eindämmung des Coronavirus in Kyjiw werden bis zum 30. April verlängert, verkündet der Bürgermeister der Hauptstadt, Witalij Klytschko.
14.04.2021	Laut Gesundheitsminister Maksym Stepanow sei der Scheitelpunkt der dritten Welle der Coronavirus-Pandemie erreicht. In vielen Regionen des Landes stabilisiere sich das Infektionsgeschehen allmählich.
14.04.2021	Die Regierung stellt dem Gesundheitsministerium zusätzlich etwa 230 Mio. US-Dollar bereit, damit sich das Land ausreichend Impfdosen sichern kann. Wenige Tage zuvor gab Stepanow bekannt, dass dem Ministerium dieser Betrag fehle, um genügend Covid-19-Impfstoffe für 70 Prozent der Bevölkerung zu erwerben.
15.04.2021	Die Region Poltawa wird zur »roten« Zone erklärt, in der die striktesten Einschränkungen zur Eindämmung des Coronavirus gelten.
16.04.2021	Die ersten 117.000 Covid-19-Impfdosen von Pfizer / BioNTech erreichen die Ukraine.
18.04.2021	Premierminister Denys Schmyhal berichtet, dass der ukrainische Covid-19-Impfausweis analog zum in Europa geplanten Impfausweis sein wird und geimpften Ukrainern das Reisen nach bzw. innerhalb von Europa ermöglichen werde.
19.04.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj kündigt die Errichtung eines Laboratoriums zur Entwicklung von Impfstoffen in der Ukraine an. Dazu werden im Haushalt 2021 insgesamt 100 Mio. Hrywnja (ca. 3 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt.
21.04.2021	Das Ministerkabinett verlängert im Zuge der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie den Ausnahmezustand bis zum 30. Juni, wodurch sich auch die »adaptive Quarantäne« bis mindestens dahin verlängert.
23.04.2021	Die Gesamtzahl der offiziell registrierten Menschen, die in der Ukraine am Coronavirus erkrankt sind, überschreitet 2 Millionen. In Europa verzeichnet das Land in absoluten Zahlen aktuell hinter Frankreich und Deutschland die dritthöchste Rate an Neuinfektionen und die zweithöchste Mortalitätsrate hinter Polen.
25.04.2021	Laut Angaben der Regierung wurden bisher 528.028 Personen in der Ukraine gegen das Coronavirus geimpft.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

CHRONIK

23. März – 25. April 2021

23.03.2021	Bei schweren Kämpfen an der Kontaktlinie nahe der Ortschaft Horliwka kommen vier ukrainische Soldaten ums Leben – so viele wie im gesamten zweiten Halbjahr 2020. In den vergangenen Wochen hat sich die Lage entlang der Kontaktlinie deutlich verschlechtert, da die Kämpfe zwischen Regierungseinheiten und den Einheiten der »Volksrepubliken« wieder deutlich zugenommen haben.
23.03.2021	Einer neuen repräsentativen Umfrage des Razumkow-Zentrums zufolge befürworten 59 Prozent der Ukrainer eine EU-Mitgliedschaft ihres Landes, 26 Prozent sind dagegen. Während im Westen des Landes 84 Prozent einen Beitritt in die EU befürworten, sind es im Süden mit 41,5 Prozent weniger als die Hälfte.

24.03.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj erlässt ein Dekret, das die Strategie des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates zur De-Okkupation und Wiedereingliederung der Krim und der Stadt Sewastopol in Kraft setzt. Laut Präsidentsamt beinhaltet das Dokument diplomatische, militärische, wirtschaftliche und humanitäre Maßnahmen zur Rückkehr der von Russland annektierten Halbinsel in die Ukraine.
27.03.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Dekret, um den umstrittenen Leiter des Verfassungsgerichts der Ukraine, Oleksandr Tupytskyj, zu entlassen. Vorausgegangen war eine Verfassungskrise und ein monatelanger Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Verfassungsgericht. Auslöser war die Entscheidung des Verfassungsgerichts, Teile der Anti-Korruptions-Gesetzgebung aufzuheben, was im In- und Ausland auf große Kritik stieß.
28.03.2021	Laut dem ukrainischen Statistikamt gaben die Ukrainer im vergangenen Jahr 41 Prozent ihrer Einkünfte für Lebensmittel aus. 2019 lagen die Ausgaben mit 39,5 Prozent etwas niedriger.
29.03.2021	Das Nationale Antikorruptionsbüro NABU schreibt den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der PrivatBank, Oleksandr Dubilet, zur Fahndung aus. Ihm wird vorgeworfen, 2016 kurz vor der Verstaatlichung der PrivatBank 8 Milliarden Hrywnja (ca. 240 Mio. Euro) unterschlagen zu haben.
30.03.2021	Das Parlament hebt das Verbot von Großprivatisierungen wieder auf und macht damit den Weg frei für den lang erwarteten Verkauf großer öffentlicher Vermögenswerte an private Unternehmen. Der für die Privatisierung von fast 3.700 staatlichen Unternehmen zuständige Fonds für Staatseigentum begann 2020 mit dem Verkauf großer staatlicher Vermögenswerte, musste den Privatisierungsprozess wegen der Corona-Pandemie jedoch stoppen.
30.03.2021	Die Werchowna Rada verabschiedet ein Gesetz, das digitale Pässe in der E-Government App »Dija« mit analogen Pässen gleichsetzt. Laut dem Ministerium für Digitale Transformation ist die Ukraine weltweit das erste Land, das digitale Pässe legalisiert.
30.03.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin hält mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron eine Videokonferenz ab. Gegenstand des Gesprächs, an dem der ukrainische Präsident nicht teilnimmt, ist unter anderem die Lage im Donbas. Das ukrainische Präsidentsamt teilt mit, dass »Entscheidungen, die die Ukraine betreffen, nicht ohne die Beteiligung der Ukraine getroffen werden können«.
30.03.2021	Der ukrainische Generalstabschef Ruslan Chomtschak informiert das Parlament, dass 28 russische Bataillone (ca. 20–25.000 Soldaten) entlang der ukrainisch-russischen Grenze verdeckte Militärübungen abhalten und etwa noch einmal so viele weitere russische Soldaten in der Region erwartet werden. Laut dem in Moskau ansässigen Conflict Intelligence Team (CIT) ist die Konzentration der russischen Streitkräfte in der Nähe der Ukraine die höchste seit 2014–2015. Das ukrainische Verteidigungsministerium schließt nicht aus, dass Russland groß angelegte Provokationen im Donbas vorbereiten und »tief in die Ukraine« vorstoßen könnte. Präsident Wolodymyr Selenskyj teilt mit, dass die Ukraine »bereit sei für jegliche Provokationen«, betont aber, dass Kyjiw die friedliche Rückkehr seiner Menschen und Territorien anstrebe.
31.03.2021	Die Regierung beschließt die Schaffung eines neuen Nationalen Investmentfonds mit dem Ziel, das Land für Investoren attraktiver zu machen, die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken.
01.04.2021	Dem stellvertretenden Wirtschaftsminister Taras Katschka zufolge erholt sich die ukrainische Wirtschaft und die Exporte nehmen jeden Monat zu. Laut dem staatlichen Zolldienst wuchs der Handelsumsatz der Ukraine in den ersten drei Monaten des Jahres 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 12,1 Prozent auf 28,3 Mrd. US-Dollar.
02.04.2021	Im Zuge der zunehmenden Spannungen in der Ostukraine und der Verlegung russischen Militärs in die Nähe der russisch-ukrainischen Grenze telefoniert Präsident Wolodymyr Selenskyj erstmals mit dem neuen amerikanischen Präsidenten Joe Biden. Der US-Präsident bekräftigt Washingtons »unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine angesichts der anhaltenden Aggression Russlands im Donbas und auf der Krim«. Auch der innenpolitische Reformprozess der Ukraine ist Gegenstand des Telefonats.
03.04.2021	Die OSZE Sonderbeobachtungsmission für die Ukraine registriert an einem Tag mehr als 1.400 Verletzungen der Waffenruhe entlang der Kontaktlinie im Donbas, was einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vortag bedeutet, als fast 600 Verletzungen verzeichnet wurden. Kamen zwischen Juli und Dezember 2020 als Resultat der Waffenruhe seit Juli vier ukrainische Soldaten ums Leben, starben dieses Jahr infolge der zunehmenden Kämpfe bereits 25 ukrainische Soldaten.
05.04.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj reist erstmals nach Qatar, wo er den Premierminister, den Emir sowie Mitglieder der Regierung des Landes trifft. Trotz einer Vielzahl von unterzeichneten bilateralen Abkommen, die laut dem Präsidentsbüro »milliardenschwere Investitionen« ins Land spülen sollen, stößt die Reise in der Ukraine angesichts der angespannten Lage in der Ostukraine auf Kritik.

05.04.2021	Der stellvertretende ukrainische Ministerpräsident und Minister für die Reintegration der vorübergehend besetzten Gebiete Oleksij Resnikow kündigt an, dass die ukrainische Delegation der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) nicht mehr nach Minsk fahren werde, um dort an Treffen der TKG teilzunehmen. Belarus stehe zunehmend unter russischem Einfluss, weshalb die Ukraine kein Vertrauen mehr in Belarus habe, so Resnikow. Eine Verlegung nach Schweden oder Österreich wird in der Ukraine diskutiert, gilt aber als unwahrscheinlich, da auch Russland, das gegen eine Verlegung ist, zustimmen müsste. Auch Minsk warnt Kyjiw vor einer Verschlechterung der bereits angespannten bilateralen Beziehungen, sollte der Gesprächsort verlegt werden. Seit Ausbruch der Covid-19 Pandemie im März 2020 tagt die TKG virtuell.
06.04.2021	Das Nationale Antikorruptionsbüro NABU verhaftet den Bruder des umstrittenen Richters Pawlo Wowk vom Kyjiwer Bezirksgericht, weil er in Pawlo Wowks Namen 100.000 US-Dollar Schmiergeld erhalten haben soll. Bei der anschließenden Durchsuchung einer Kyjiwer Wohnung wird Bargeld in Höhe von insgesamt fast 4,5 Mio. Euro entdeckt sowie Dokumente, die darauf schließen lassen, dass das Geld dem kontroversen Richter gehört, gegen den es zahlreiche Korruptionsvorwürfe gibt.
07.04.2021	Per Beschluss des Ministerkabinetts wird in der Ukraine die medizinische Anwendung von Marihuana legalisiert.
08.04.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj reist angesichts der zunehmend angespannten Lage in der Ostukraine für zwei Tage in den Donbas, um sich vor Ort einen Eindruck von der aktuellen Lage zu machen.
08.04.2021	Das russische Verteidigungsministerium verlegt zehn Marineschiffe, darunter Landungsboote und Artillerie-Kriegsschiffe, vom Kaspischen Meer ins Schwarze Meer. Die Schiffe werden zu Übungszwecken verlegt und stellen keine Gefahr für die Ukraine dar, so das russische Verteidigungsministerium.
04.04.2021	Mit der Unterschrift von Präsident Wolodymyr Selenskyj tritt das Gesetz über Volksabstimmungen zur Stärkung der Basisdemokratie in der Ukraine in Kraft. Die Verabschiedung des Referendum-Gesetzes war eines der Wahlkampfversprechen von Selenskyj.
09.04.2021	Laut einer neuen Umfrage des Rating-Meinungsforschungsinstituts würden aktuell 25 Prozent der entschlossenen Wähler für Amtsinhaber Wolodymyr Selenskyj als Präsidenten stimmen. Dahinter liegen sein Vorgänger Petro Poroschenko, den 13 Prozent wählen würden, Ex-Premierministerin Julija Tymoschenko mit 12 Prozent sowie der pro-russische Politiker Jurij Boiko, für den 11,9 Prozent stimmen würden. Bei Parlamentswahlen würden 23 Prozent ihre Stimme für die Regierungspartei »Diener des Volkes« abgeben, 14,6 Prozent für »Europäische Solidarität«, 14,2 Prozent für die »Oppositionsplattform – für das Leben« und 12,9 Prozent für »Vaterland«.
10.04.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj reist mit einer hochrangigen Delegation zu Gesprächen in die Türkei, wo er seinen türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan trifft. Thema sind vor allem die muslimischen turksprachigen Krimtataren.
12.04.2021	Laut zweier neuer Berichte von Amnesty International und dem US-Verteidigungsministerium hat sich die Menschenrechtsslage in der Ukraine im Jahr 2020 verschlechtert. Besonders hervorgehoben werden in den Berichten Versäumnisse im Gesundheitswesen, Gewalt gegen Aktivisten und Journalisten sowie Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei. Als besorgniserregend gilt der Anstieg der häuslichen Gewalt um 41 Prozent in der ersten Jahreshälfte, der laut US-Außenministerium auf die Coronavirus-Pandemie zurückzuführen sei.
12.04.2021	Das Menschenrechtszentrum Zmina berichtet, dass das Ministerkabinett bis Ende des Jahres ein Gesetz zur Kriminalisierung von Hassverbrechen gegen LGBTQ vorlegen will. In der Ukraine gibt es immer wieder Übergriffe auf sexuelle Minderheiten.
12.04.2021	Im Vorfeld eines hochrangigen NATO-Treffens in Brüssel veröffentlichen die Außenminister der G7 ein gemeinsames Statement, in dem Russland dazu aufgefordert wird, »seine Provokationen einzustellen und die Spannungen zu deeskalieren«. Der Ukraine und ihrem »zurückhaltenden Kurs« wird Unterstützung zugesprochen.
13.04.2021	Die Ukraine wird voraussichtlich im Sommer einen 2,7 Mrd. US-Dollar Kredit des IWF erhalten, den der Währungsfonds zur Stützung der ukrainischen Wirtschaft infolge der Covid-19-Pandemie bereitstellt.
13.04.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj reicht einen Gesetzentwurf zur Liquidation des Kyjiwer Bezirksgerichts und der Schaffung eines neuen Gerichts an dessen Stelle ein. Das Kyjiwer Bezirksgericht gilt in der Ukraine als eines der umstrittensten; gegen mehrere Richter laufen Ermittlungsverfahren wegen organisierter Kriminalität, Machtmissbrauch, Bestechung und weiterer Straftaten.
13.04.2021	Im NATO-Hauptquartier in Brüssel trifft der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und US-Außenminister Antony Blinken. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Kuleba bekräftigt Stoltenberg die Unterstützung der NATO für die Ukraine und betont, dass die Ukraine selbst über ihren NATO-Beitritt entscheide. Eine Woche zuvor warnte der Kreml, dass eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine die Situation im Donbas weiter verschärfen würde.

13.04.2021	In einem Telefonat zwischen US-Präsident Joe Biden und seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin äußert sich Biden besorgt über den russischen Truppenaufmarsch nahe der ukrainischen Grenze und auf der Krim und ruft Russland zur Deeskalation auf.
14.04.2021	Auf einer Sitzung der Trilateralen Kontaktgruppe berichtet die OSZE-Botschafterin Heidi Grau, dass nach Angaben der OSZE Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine (SMM) die Waffenstillstandsverstöße den höchsten Stand in diesem Jahr erreicht haben. Auch haben die Einschränkungen und Behinderungen der Bewegungsfreiheit der SMM deutlich zugenommen, so Grau.
15.04.2021	Russland verkündet, dass es Teile des Schwarzen Meeres um die Straße von Kertsch für Kriegsschiffe und Staatsschiffe anderer Länder vom 24. April bis 31. Oktober 2021 wegen militärischer Übungen sperrt. Handelsschiffe seien von der Sperrung nicht betroffen. Das Außenministerium der Ukraine kritisiert die Sperrung als illegal und fordert die sofortige Rücknahme. Seit Russland 2018 im Asowschen Meer Boote der ukrainischen Marine festgesetzt hatte und Handelsschiffe auf dem Weg in ukrainische Häfen regelmäßig aufhält, gilt die Lage in den Gewässern der Region als angespannt.
15.04.2021	Die Außenminister der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, in der sie Russland dazu auffordern, die aktuellen militärischen Provokationen einzustellen. Der euro-atlantische Kurs der Ukraine wird im Statement unterstützt.
15.04.2021	Die Kyjiwer Behörden veröffentlichen angesichts der erhöhten russischen Militärpräsenz nahe der ukrainischen Grenze eine aktualisierte Karte der Luftschutzbunker in der ukrainischen Hauptstadt. Auf der anderen Seite der »Kontaklinie« sichern die »Volksrepubliken« ihre Verwaltungsgebäude mit Sandsäcken und bereiten ihre Luftschutzbunker für eine mögliche militärische Eskalation vor.
15.04.2021	Die Nationalbank der Ukraine hebt den Leitzins um einen Prozentpunkt auf 7,5 Prozent, um die steigende Inflation zu verringern. Im März lag diese bei 8,5 Prozent und damit deutlich über dem angestrebten Korridor von 5 Prozent.
15.04.2021	Das ukrainische Gesundheitsministerium hebt das Verbot auf, das Menschen mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen bisher von der Blutspende ausschloss.
16.04.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj reist nach Paris, wo er sich mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron und der aus Berlin zugeschalteten Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Situation in der Ostukraine berät. Im Zentrum der Gespräche steht die angespannte Sicherheitslage an der ukrainisch-russischen Grenze sowie in der Ostukraine. In einem gemeinsamen Statement fordern die drei Seiten den Rückzug der russischen Einheiten aus der Grenzregion, um eine Deeskalation zu erreichen. Auf die von Selenskyj gestellte Forderung einer EU- und NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine gehen Macron und Merkel nicht weiter ein.
19.04.2021	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba fordert bei einer virtuellen Sitzung des EU-Rats für Außenpolitik, als Reaktion auf die zunehmenden Kampfhandlungen im Donbas und die verstärkte russische Militärpräsenz nahe der Ukraine neue Sanktionen gegen Russland zu verhängen. EU-Spitzendiplomat Josep Borrell spricht von mehr als 150.000 russischen Soldaten in der Grenzregion zur Ukraine, teilt jedoch mit, dass seitens der EU aktuell keine neuen Sanktionen geplant seien, um die angespannte Lage nicht weiter aufzuheizen.
20.04.2021	Die US-amerikanische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit USAID stellt der Ukraine 155 Mio. US-Dollar Entwicklungshilfen zur Verfügung. Das Geld ist vorgesehen für die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, Antikorruptionsprojekte, Demokratieförderung und den Schutz der Menschenrechte im Donbas und auf der von Russland besetzten Krim.
20.04.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj hält eine Ansprache an die Ukraine zur Sicherheitslage und sagt angesichts der Konzentration russischen Militärs an der Grenze zur Ukraine: »Will die Ukraine einen Krieg? Nein. Ist sie dazu bereit? Ja. Wird die Ukraine aufhören, durch Diplomatie für den Frieden zu kämpfen? Niemals. Wird sich die Ukraine im Falle der Notwendigkeit verteidigen? Immer.« Selenskyj richtet sich am Ende der Ansprache an seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin und lädt diesen zu einem Treffen »egal wo im Donbas« ein, um über die Lage in der Region zu sprechen.
21.04.2021	Einer vom Ukrainischen Institut für die Zukunft beauftragten repräsentativen Meinungsumfrage zufolge denken 70 Prozent der Ukrainer, dass im Wesentlichen die russischen Machthaber ein Ende des Krieges im Donbas verhindern. 64 Prozent der Befragten befürworten einen NATO-Beitritt der Ukraine.
21.04.2021	Laut einer neuen Studie des Wirtschaftsministeriums ist die Schattenwirtschaft in der Ukraine in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres – unter anderem wegen der Coronavirus-Pandemie – um 3 Prozent auf 31 Prozent des BIP gestiegen.

22.04.2021	Der Ausschuss für auswärtige Beziehungen des US-Senats unterstützt den »Ukraine Security Partnership Act« zur Bereitstellung von Militärhilfen für die Ukraine. Das Gesetz stellt der Ukraine bis 2026 jährlich bis zu 300 Mio. US-Dollar Militärhilfen zur Verfügung, auch für letale Waffen. Das Gesetz muss noch vom Repräsentantenhaus und vom Senat verabschiedet und von Präsident Joe Biden unterzeichnet werden, um in Kraft zu treten.
22.04.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin lehnt das Angebot von Wolodymyr Selenskyj zu einem Treffen im Donbas ab und teilt mit, dass Selenskyj sich mit den Anführern der »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk treffen soll. Zu einem Treffen in Moskau sei Putin darüber hinaus jederzeit bereit. Daraufhin erwidert der ehemalige ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk, der Leiter der ukrainischen Delegation bei der Trilateralen Kontaktgruppe, dass Selenskyj »niemals nach Moskau reisen werde«, aber zu Verhandlungen auf neutralem Boden bereit sei.
22.04.2021	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu kündigt an, dass die Truppenübungen in der Nähe der russisch-ukrainischen Grenze beendet seien und das Militär aus der Region wieder abgezogen werde und an ihre eigentlichen Standorte zurückkehre.
23.04.2021	Russland schlägt Deutschland und Frankreich vor, vor Ort im Donbas direkt mit den Anführern der »Volksrepubliken« zu verhandeln.
23.04.2021	Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) durchsucht in Kyjiw das Büro des Oligarchen Ihor Kolomojskyj. Die Durchsuchungen sind Teil von Ermittlungen wegen der Veruntreuung von mehr als 8 Mio. US-Dollar von der staatlichen Energiegesellschaft Centrenergo, in die Kolomojskyj verwickelt sein soll. Nach Angaben des SBU verkaufte Centrenergo Strom zu 20–30 Prozent unter den Produktionskosten.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.